



Längst nicht überall im Südwesten gibt es solche Bäder. Zwischen 2007 und 2017 hat die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, kurz DLRG, im Land 59 Bäderschließungen gezählt. Foto: Holger Hollemann/dpa

Bäderallianz schlägt Alarm

Finanzen Verbände fordern mehr Landesgeld für den Erhalt der Schwimmhallen. Die SPD unterstützt das Anliegen. Von Roland Muschel

Alein die Stadt Pforzheim, finanziell nicht gerade auf Rosen gebettet, würde geschätzte 50 Millionen Euro für Sanierungen und Modernisierungen ihrer kommunalen Bäder benötigen. Auch andernorts haben Kommunen erhebliche Probleme, ihr Angebot aufrechtzuerhalten. Zwischen 2007 und 2017 hat die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, kurz DLRG, im Land 59 Bäderschließungen gezählt. Derzeit steht laut DLRG bei 16 weiteren Standorten das Aus zur Diskussion. Ein zentrales Problem: Viele Bäder sind in den 1960er und 1970er Jahren gebaut worden und entsprechen nicht mehr den heutigen energetischen Standards; die hohen Betriebskosten belasten die kommunalen Haushalte.

Die Schwimmverbände Baden und Württemberg, die Landesverbände der DLRG Baden und Württemberg sowie der Württembergische Landessportbund sehen daher die Landesregierung gefordert. Die Verbände haben sich zur Bäderallianz Baden-Württemberg zusammengeschlossen und die Landespolitik aufgerufen, dem „schleichenden Zerfall und Wegfall der Bäder-Infrastruktur“ nicht länger „tatenlos“ zuzusehen. „Es ist höchste Zeit, dass den Kommunen bei der Mammutaufgabe ‚Bädersanierungen‘ geholfen und das Bädersterben gestoppt wird. Denn wir dürfen nicht zulassen, dass noch weniger Kinder mangels geeigneter Bäder überhaupt schwimmen lernen können – und damit zu den Nichtschwimmer-Eltern von

morgen werden“, heißt es in einem Brandbrief der Bäderallianz. Dabei sei die Schwimmfähigkeit „lebenswichtig“, da sie vor dem Ertrinken schütze, zugleich biete sie in einer alternden Gesellschaft eine lebenslange Bewe-

„ Wir beantragen ein Förderprogramm für den Bädererhalt.

Andreas Stoch
SPD-Fraktionschef

gungsmöglichkeit. Nicht zuletzt gebe es einen staatlichen Bildungsauftrag: Schwimmen ist im Bildungsplan von Grundschulen verankert.

Wenn es zu Schließungen komme, seien die Auswirkungen vor Ort meist erheblich, warnt die Bäderallianz. „Schulklasse für Schulklasse muss mit Bussen zum

Schwimmunterricht in Nachbarkommunen gebracht werden. Darunter leidet die Qualität des Schwimmunterrichts noch mehr, so er denn überhaupt organisatorisch machbar ist.“ Und dort, wo es noch Bäder gebe, „kämpfen Vereine, freie Schwimmschulen und Freizeitsportler um ausreichend Wasserflächen und Nutzungszeiten“, zeichnen die Verbände ein düsteres Bild.

Sicherlich sei es vorrangig Aufgabe der Kommunen, sich um den Erhalt und Betrieb zu kümmern, schreiben sie weiter. „Aber aus unserer Sicht entzieht sich das Land seit vielen Jahren seiner gesellschaftlichen Verantwortung und schiebt die finanziellen Lasten für Bau und Erhalt von Schwimmbädern voll und ganz den Kommunen zu.“

Unterstützung erfährt die Bäderallianz von der SPD. Seine Fraktion werde an diesem Donnerstag bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt 2018/19 „ein eigenes Landesförderpro-

gramm für den Bädererhalt in Baden-Württemberg in Höhe von 30 Millionen Euro beantragen“, kündigt SPD-Fraktionschef Andreas Stoch gegenüber dieser Zeitung an. Mit einem Landeszuschuss von 20 Prozent der Gesamtkosten und maximal einer Million Euro pro Schwimmbad sollten dabei Sanierungsinvestitionen der Kommunen gefördert werden. „Schwimmbäder in unseren Städten und Gemeinden sind Pflicht und sollten nicht nur als Kür betrachtet werden. Es darf niemandem egal sein, dass immer mehr Menschen in diesem Land ertrinken, weil sie nicht schwimmen können, und Kinder oftmals gar nicht mehr richtig schwimmen lernen“, fordert Stoch die grün-schwarze Koalition zum Handeln auf.

Bundesweit würden Experten den Sanierungsbedarf auf 14 Milliarden Euro taxieren, schreiben die Verbände. Davon entfalle auf Baden-Württemberg mit seinen 836 Hallen- und Freibädern ein „nicht gedeckter Investitionsaufwand von über 2 Milliarden Euro“. Angesichts dieser Summe müsse das Land die Kommunen unterstützen. Konkret, so die Forderung der Bäderallianz, sollten kommunale Badeanstalten wieder den übrigen Sportstätten gleichgestellt und dauerhaft wieder in die kommunale Sportstättenbauförderung aufgenommen werden – bei einer entsprechenden Erhöhung der Fördermittel. Um den aktuellen Sanierungssau „zu entschärfen“, solle das Land eine zweckgebundene Rücklage von mindestens 100 Millionen Euro bilden.

Immer weniger Kinder können richtig schwimmen

In Deutschland können immer weniger Kinder im Grundschulalter schwimmen. Bundesweit sind laut einer repräsentativen Umfrage der DLRG aus dem Jahr 2017 knapp 60 Prozent der zehnjährigen Mädchen und Jungen keine sicheren Schwimmer. Als Hauptursache dieser Entwicklung sieht die

Allianz zum Erhalt einer flächendeckenden Bäderwelt fehlende Wasserflächen. Bundesweit sind laut DLRG von 2007 bis 2015 über 370 Bäder geschlossen worden. Der Sanierungsstau wird mit 14 Milliarden Euro beziffert, von dieser Entwicklung könne sich auch Baden-Württemberg nicht abkoppeln.

Der Finanzausschuss des Landtags berät heute über Änderungsanträge zum Regierungsentwurf für den Nachtrag zum Doppelhaushalt 2018/19, der kommende Woche vom Landtag verabschiedet wird. Dabei will sich die SPD auch für die Belange der Bäderallianz einsetzen. rol